

Basta!

Nr. 1 / März 2006

Basels starke Alternative

2,6 Mio. zusätzliche Autofahrten pro Jahr!

Multitionen an:
Postfach 142, 4005 Basel

AZB
4005 Basel

Täglich ein zusätzliches Verkehrsaufkommen in der Grössenordnung desjenigen am Gotthard ist die Folge des Grossratsbeschlusses, welcher für das Areal der ehemaligen „Stücki“ nördlich der Hochbergerstrasse in Kleinhüningen ein regionales Einkaufszentrum vorsieht. Zum Vergleich: Beim kürzlich in Zürich nicht realisierten Einkaufszentrum Hardturmstadion rechneten die Verantwortlichen mit einem zusätzlichen Verkehrsaufkommen von 1,7 bis 2,1 Mio. Fahrten pro Jahr.



Die BewohnerInnen in Kleinhüningen nehmen zu Recht Anstoss am weitgehend brachliegenden und langsam verödeten Gebiet zwischen Hochberger-, Baden- und Neuhausstrasse, dem ehemaligen Gelände der Stückfärberei AG. Sie wollen, dass ihr Quartier sich wieder entwickelt und nicht die „Abstellkammer der Stadt“ bleibt. Viele Quartierangebote sind in letzter Zeit verloren gegangen, wie zuletzt die Bibliothek. Gleichzeitig muss Kleinhüningen als Ersatzstandort für den Hafen St. Johann erhalten, damit Novartis ihren „Campus“ erweitern kann. Kurz, wohl kaum ein anderes Quartier ist in den letzten Jahren mehr fremdbestimmt worden als Kleinhüningen.

Das geplante Einkaufszentrum ist völlig überdimensioniert: 40'000 m² sind für Verkauf, Freizeit und Restaurants geplant. Diese Fläche entspricht etwa derjenigen von St. Jakobspark und M-Park zusammen

und übertrifft diejenige des geplanten (jedoch nicht realisierten) Einkaufszentrums im Hardturmstadion in Zürich bei weitem. Basel will mit dem gigantischen Projekt ins Geschäft mit dem Einkaufstourismus einsteigen. Es wird behauptet, dass ein Einkaufszentrum in der Stadt das Verkehrsvolumen insgesamt reduziere, da weniger Fahrten in die Einkaufsparadiese „auf der grünen Wiese“ getätigt würden. Das ist absurd und vielfach widerlegt. In Wirklichkeit ändert der Verkehrsfluss einfach die Richtung: statt heraus aus der Stadt hinein in die Stadt.

Am Einkaufszentrum „Stücki“ wird deutlich, wie schwach das Instrument der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) ist. Wenn laut UVP dem ohnehin schon durch den Verkehr stark belasteten Kleinhüningen 8'000 zusätzliche Zu- und Wegfahrten pro Tag zugemutet werden können, wird der Begriff „umweltverträglich“ zur leeren Floskel. Und es könnte noch schlimmer kommen, denn laut dem Amt für Umwelt und Energie (AUE) stellen die angenommenen 8'000 zusätzlichen Fahrten

Gentech-Saatgut macht in hohem Masse abhängig von den Agrarkonzernen und gefährdet die Existenz der Kleinbauern vor allem in den Ländern des Südens.

nicht den Maximalwert dar. Im übrigen ist die Hoffnung, dass der grösste Teil des Zusatzverkehrs via Wiesenkreisel abgewickelt werden könnte, kaum berechtigt. Dieser Kreisel kann so viel zusätzlichen Verkehr gar nicht schlucken.

Zudem zeigt sich, dass UVP's die gesamtstädtische Entwicklung nicht gebührend berücksichtigen. Vor kurzem beschloss der Grosse Rat ein ÖV-Programm für die nächsten vier Jahre. Dieses ÖV-Programm schreibt fest, dass der Mix zwischen öffentlichem Verkehr (ÖV) und motorisiertem Individualverkehr (MIV) – der sogenannte Modal Split – sich im Verhältnis 50 zu 50 stabilisieren soll. Bereits diese Vorgabe führt dazu, dass wegen des Wachstums

Fortsetzung nächste Seite

Einkaufszentrum „Stücki“ (Fortsetzung)

des gesamten Verkehrsaufkommens eine Zunahme des motorisierten Individualverkehrs in Kauf genommen wird. Obwohl im Überbauungsplan für das Stücki-Areal eine zusätzliche Busstation der Linie 36 und eine Fussgängerbrücke über die Wiese in Richtung Endstation Tram 8 in Kleinhüningen vorgesehen sind, prognostiziert das AUE für das Einkaufszentrum einen Modal Split von 80 zu 20 zugunsten des MIV, was nicht einmal den laschen Vorgaben des ÖV- Programms entspricht. Braucht es eines weiteren Beweises, dass die geplanten Massnahmen im ÖV-Bereich angesichts der Grösse des Projekts völlig ungenügend sind?

Unsere Versuche im Parlament, eine verbindliche Zusage für eine Tram- oder Trolleybuslinie in den Beschluss hineinzubringen, scheiterten klar. Der gleiche Grosse Rat, welcher noch im Februar einer Resolution gegen den Feinstaub zugestimmt hat, macht kaum einen Monat später einen Kniefall vor einer einflussreichen Investorenlobby und nimmt eine stärkere Belastung der Luft mit Schadstoffen aller Art in Kauf.

Das Argument, das Einkaufszentrum schaffe neue Arbeitsplätze, ist schlicht falsch. Zwar entstehen direkt am neuen Standort tatsächlich Arbeitsplätze. Aber der Verlust von Arbeitsplätzen in den



Das Areal der ehemaligen „Stückfärberei“ in Kleinhüningen: ein trister Anblick
(Foto: Loretta Müller)

Quartieren und in der Innenstadt als Folge der Konkurrenz durch die grossen Einkaufszentren ist weit grösser. Seit mehr als einem Jahr z. B. sind die ehemaligen Ladenflächen der EPA am Claraplatz nicht vermietet und stehen leer. Auf diese Form von Wirtschaftsförderung können wir verzichten.

BastA! und Grüne haben gegen das unsinnige Projekt das Referendum ergriffen. Wir zählen auf die Unterstützung all jener

Kräfte, denen Lebensqualität wichtiger ist als das zweifelhafte Ankurbeln des Einkaufstourismus. Dieser Zeitung liegen Unterschriftenkarten bei. Einfach unterschreiben und in den nächsten Briefkasten werfen! Sie können unsere Kampagne zusätzlich unterstützen, indem Sie den beiliegenden Einzahlungsschein benutzen. Danke!

Patrizia Bernasconi

Die Demokratie verteidigen!

Plattform

Die Einkesselung einer Anti-WEF-Demo im Januar 05 noch am Besammlungsort auf dem Barfüsserplatz durch ein riesiges Polizeiaufgebot und die anschliessende Fichierung aller Teilnehmenden hat die Linke in Basel aufgerüttelt. In einem langwierigen, aber spannenden und fruchtbaren Diskussionsprozess erarbeitete ein breites Bündnis eine Plattform gegen zunehmende Polizeirepression mit dem Ziel, der Aushöhlung der demokratischen Grundrechte und der zunehmenden Tendenz zu polizeistaatlichem Krisenmanagement auf politischer und gesellschaftlicher Ebene etwas entgegen zu setzen.

Die Plattform ist im Januar 06 der Öffentlichkeit vorgestellt worden. Das politische Spektrum der unterzeichnenden Organisationen reicht von Gruppierungen aus der autonomen Szene, Menschenrechtsorganisationen, BastA! und Grüne bis zu den Demokratischen JuristInnen (DJS), SP und Gewerkschaften. Die Plattform kritisiert die willkürliche Bewilligungspraxis bei Demonstrationen, die Ausweitung präventiver Repressionsmassnahmen, das polizeiliche Vorgehen gegen Streikposten, die Einschränkung der Bewegungsfreiheit von Menschen mittels Rayonverboten und die stete Ausweitung polizeilicher Befugnisse,

etwa wenn besetzte Häuser geräumt werden, noch bevor eine Räumungsklage eingereicht worden ist. Diesen Tendenzen hält die Plattform entgegen, dass die Grundrechte für alle gelten, ungeachtet ihrer Herkunft, Nationalität und ihres sozialen Hintergrunds.

Seit Jahren machen Menschenrechtsgruppierungen wie augenau oder Amnesty International sowie Organisationen, die im Asylbereich tätig sind, auf gravierende Missstände aufmerksam. Es zeichnet sich ab, dass der Staat am Rande der Gesellschaft Repressionsinstrumente testet und für deren Akzeptanz in der Bevölkerung

wirbt, um sie dann sukzessive auf die ganze Gesellschaft auszudehnen. Aktuelles Beispiel dafür sind die sogenannten „Hooligan-Gesetze“, die uns – so ist zu befürchten – auch nach der Euro 08 erhalten bleiben. Denn wenn der Staatsschutz einmal neue Kompetenzen erhalten hat, ist es erfahrungsgemäss sehr schwierig, diese wieder zu beschneiden. Die Organisationen, welche die Plattform unterzeichnet haben, sind daher der Meinung, dass nun die Politik gefordert ist. Es wäre doch allzu schade, wenn unsere viel gerühmte Demokratie zum Papiertiger mutieren würde.

Martin Flückiger

Theater und Sinfonieorchester Kaputt sparen?

Sparen unter Rot-Grün

Trotz guter Finanzlage wird in unserem Kanton auch unter Rot-Grün munter weiter gespart. In vergleichsweise drastischem Ausmass betroffen sind das Theater und das Sinfonieorchester.



Die bürgerliche Finanzpolitik der vergangenen Jahrzehnte war geprägt von einem ständig sich wiederholenden Zyklus des Sparens und der Steuerermässigungen:

1. Man senkt die Steuern, wobei die unteren Steuerkategorien sehr wenig profitieren und dieses durch Gebührenerhöhungen gleich wieder verlieren.

2. Dem Staat fehlen die Mittel. Er leitet Spar- und Abbaumassnahmen ein, welche die benachteiligten Schichten der Bevölkerung am stärksten treffen.

3. Durch das Sparen verbessert sich die Finanzlage. Es folgt die nächste Steuer-senkung. Und der Kreis ist geschlossen. Zur Zeit befinden sich die sogenannten Sparpakete A&L 1+2 in Umsetzung. Die neue Regierung hat sich aus schwer nachvollziehbaren Gründen dazu entschieden, die Vischersche Finanzpolitik, was diese Sparpakete angeht, weiterzuziehen. Notwendig wäre das nicht. Die Finanzlage unseres Kantons ist nämlich bei weitem nicht

so dramatisch, wie sie immer wieder dargestellt wird. Die Schuldenquote ist in den vergangenen Jahren deutlich gesunken und wird auch mit der Rechnung 2005 weiter sinken. Und ganz nebenbei: Die Bürgerlichen haben mit zwei Volksinitiativen ihre nächsten Anläufe zur Steuerermässigung gestartet. Der Zyklus soll weiter gehen.

Vorerst wird aber noch munter weiter gespart und gekürzt. Betroffen sind zahlreiche Bereiche: Der Sozialbereich, das Schulwesen, das Gesundheitswesen, die Strassenreinigung usw.. Betroffen sind aber auch das Theater und das Sinfonieorchester, und zwar in vergleichsweise drastischem Ausmass. Die von der Regierung vorgesehene Kürzung beim Theater beträgt (ohne Berücksichtigung der seit 2001 aufgelaufenen Teuerung) 11,1%, und dies, nachdem die Staatsbeiträge seit 1996 bereits um jährliche 7 Mio. Franken, das sind 17,5%, gesenkt worden sind.

Beim Orchester präsentiert sich die Situation ähnlich.

Solche Kürzungen lassen sich nur durch massiven Stellenabbau in allen Personal-

kategorien, bei den Künstler/innen, beim technischen Personal, bei den Garderobieren usw., sowie beim künstlerischen Angebot erreichen. Dem Basler Theater und dem Sinfonieorchester droht damit ein empfindlicher Leistungs- und Qualitätsabbau.

Ohne in den Chor jener einzustimmen, welche in anderen Zusammenhängen die grossstädtische Bedeutung unserer Stadt überstrapazieren: Das kulturelle Angebot ist ein wichtiger Teil der Standortqualität einer Region. Seine Geringschätzung wird sich letztlich auf die Bedingungen aller Teile unserer Gesellschaft auswirken, auch derjenigen, denen Theater und Orchester wenig bedeuten.

Die Fraktion Grünes Bündnis wird darum im Grossen Rat die von der Regierung vorgesehenen Kürzungen nicht mittragen und verlangt eine Subventionsvorlage, welche der Erhaltung der Qualität des Theaters und des Sinfonieorchesters Sorge trägt und ohne Abbau von Arbeitsplätzen auskommt.

Rolf Häring

Feinstaubalarm!

Mit einer originellen Aktion protestierten Grüne und BastA! gegen die ständigen massiven Überschreitungen der Grenzwerte im Bereich Feinstaub und forderten die Behörden zum Handeln auf.

Autoabgase sind hoch giftig und verursachen Sommersmog. Wer Auto fährt, fügt sich und seiner Umgebung erheblichen Schaden zu.



Feinstaubalarm: Grüne und BastA! fordern mit einer Aktion an der Feldbergstrasse Massnahmen. (Foto: Mischa Christen)

„Die Schulreform hat Unglaubliches in Bewegung gebracht“

Interview

20 Jahre lang hat Margrit Schneider den Basler Kleinklassen (KKL) als Mitglied der Inspektion zur Verfügung gestanden. Als früheres Poch- und heute BastAI-Mitglied, als ehemalige Sekretärin der Gewerkschaft Erziehung, aber auch als Lehrerin, Heilpädagogin und Erwachsenenbildnerin war und ist sie einem fortschrittlichen, demokratischen Bildungswesen verpflichtet. Diese Verpflichtung war ihr auch Leitplanke in ihrer Inspektionstätigkeit. Jetzt ist sie aus ihrem Amt zurückgetreten. *Martin Brunner* unterhielt sich mit ihr.

Bulletin: *Niemand übernimmt freiwillig während 20 Jahren ein Amt, ohne dass er oder sie auch persönlich davon etwas hätte – was hat dir die Mitgliedschaft in der Inspektion gegeben?*

Margrit Schneider: Als Inspektionsmitglied war es mir möglich, den Kontakt zu den Lehrerinnen und Lehrern der Kleinklassen weiter zu pflegen, der mir nach meinem Ausscheiden aus diesem Kollegium sehr gefehlt hatte. Dass damals – eben vor 20 Jahren – gerade ein Sitz in der Inspektion KKL zu besetzen war, freute mich entsprechend. All die vielseitigen Kontakte waren der „Gewinn“ auf der persönlichen, zwischenmenschlichen Ebene. Später, als Sekretärin der Gewerkschaft Erziehung und danach als Praxisleiterin im Heilpädagogischen Studium erwies es sich erst recht als nützlich, über Projekte, Veränderungen oder auch bloss Ideen aus dem Erziehungsdepartement (ED) oder von der Schulleitung so direkt informiert zu werden. Ich erlebte die Inspektion als ein Netz von Fäden, die Zwischenmenschliches und Sachliches miteinander verknüpften.

B: *Worin besteht die Aufgabe der Inspektion ganz allgemein, und wie muss man sich diese Arbeit im Alltag vorstellen?*

MS: Die Inspektion ist ein Laiengremium und vertritt – zusammengesetzt nach der Sitzverteilung im Grossen Rat – die Öffentlichkeit. Mitglieder mit pädagogischem Hintergrund sind eher die Ausnahme (und eigentlich gar nicht erwünscht). Das Schulgesetz gibt vor, dass die Mehrheit einer Inspektion Väter oder Mütter von Kindern an öffentlichen Basler Schulen sein müssen. Andere Qualifikationen werden nicht verlangt.

Laut Schulgesetz sind die Inspektionen „die Aufsichtsbehörde für die ihnen zugeordneten Schulen“. Sie stellen Anträge über die Anstellung von Lehrpersonen, kontrollieren deren Amtsführung und die der Schulleitungen. Sie behandeln Aufsichtsbeschwerden von Eltern, können an Elternabenden und – mit beratender Stimme – an Konferenzen teilnehmen, verfügen

über Schulausschlüsse, stellen Anträge über neue Lehrmittel, Änderungen der Stundentafel etc. – So steht es im Gesetz, der Alltag ist allerdings eher geprägt von Unterrichtsbesuchen und Besuchen von Schulanlässen. Das sind Gelegenheiten, um mit den Lehrerinnen und Lehrern Beziehungen zu knüpfen – was ich übrigens lange unterschätzt hatte, bis mir einmal eine Lehrerin für meinen Besuch und mein Interesse dankte. Schulbesuche, ein Ausdruck auch für die Anerkennung der Arbeit von Lehrerinnen und Lehrern, seien leider allzu selten.

Inspektionsmitglieder können ausserdem zu vielen Schulfragen Stellung nehmen: Ich erinnere mich an die Vernehmlassung über die Zulassung von Taschenrechnern an den Schulen ... das war 1989. Im Gegensatz dazu stand übrigens der Einsatz von Computern nie zur Diskussion! In der jüngeren Vergangenheit ging es beispielsweise um die Einführung des Niveauunterrichts an der WBS, um das Englischobligatorium

ab 3. OS, oder um die Absenzenordnung. Eigentlich ist es schwierig, von einem „Alltag“ zu sprechen, denn es hängt sehr von den einzelnen Mitgliedern ab, wie sie ihre Aufgabe wahrnehmen. In all den Jahren erlebte ich mehrheitlich Kommissionsmitglieder, denen der Kontakt zu den Lehrpersonen mehr bedeutete als das Kontrollieren. Mit wenigen Ausnahmen wurde an den Sitzungen über die Beobachtungen und Erfahrungen bei Unterrichtsbesuchen mit grossem Wohlwollen und mit hoher Wertschätzung berichtet.

B: *Anders als im Kanton Baselland, wo das Schulinspektorat (heute: Amt für Volksschulen) eine Dienststelle der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion ist, ist die Basler Inspektion eine politische Behörde. Deine politische Biographie zeigt: Dein Herz schlägt links. Wie wirkte sich das in Deiner Arbeit aus?*

M.S.: Tatsächlich wurde ich durch meine Arbeit in der Gewerkschaft Erziehung (GE)



Margrit Schneider vor dem PC: Auch Berichte schreiben gehört unter Umständen zur Tätigkeit eines Mitglieds der Schulinspektion.

stark geprägt, und stehe auch heute noch für ein fortschrittliches Bildungswesen ein. Nach wie vor bin ich überzeugt, dass es eine demokratische Basis, demokratische Strukturen braucht. Die entsprechenden Anliegen waren für mich selbstverständlich. Wenn ich auf die zwei Jahrzehnte zurückschaue, so fällt mir auf, dass erfreulich viele Geschäfte in einem fortschrittlichen Sinn verabschiedet wurden. Meine Erfahrung mit vier verschiedenen Schulleitungen und vier InspektionspräsidentInnen war, dass – allen politischen Unterschieden zum Trotz – am Ende zu Gunsten der Schule, der Kinder und Jugendlichen, der Lehrpersonen entschieden wurde. Eine Rolle spielt(e) da bestimmt die Tatsache, dass das KKL-Rektorat traditionell als linke Domäne gilt.

Die Wahl von Schulleitungen, bei der die Inspektion ebenfalls involviert ist, gehört im übrigen zu jenen Momenten, in denen die politische Haltung bzw. die Parteizugehörigkeit am deutlichsten spürbar wird.

B: *In den letzten 20 Jahren hat sich die politische, und damit auch die Bildungslandschaft in Basel nachhaltig verändert. Welches sind aus Deiner Sicht die wichtigsten Veränderungen? Welchen Stellenwert misst Du der Schulreform bei? Was würdest Du heute anders machen?*

M.S.: Selbstverständlich ist es die Schulreform, die Unglaubliches in Bewegung gebracht hat. Allerdings und bedauerlicherweise startete sie unter denkbar schlechten Voraussetzungen. Einerseits wurde – ein parlamentarischer Kompromiss – für die Orientierungsschule eine Stundentafel vorgegeben, die sich als enges Korsett bei der Gestaltung der Schule erwies. Andererseits erfolgte die Umsetzung der Schulreform in einer Zeit des Sparens. Von Anfang an war zu wenig Schulraum vorhanden. Die eiligst erbauten Schulhäuser genügten den Anforderungen in keiner Weise. Für die umfassende Nachqualifizierung der Lehrerinnen und Lehrer fehlte das Geld.

Bald zeigte sich auch, dass die Weiterbildungsschule (WBS) ihrer Aufgabe nicht gerecht werden konnte. Mit der zeitlich begrenzten Einführung von Niveaus sollte dem abgeholfen werden. Das war (und ist) eine Not- und Übergangslösung bis zur Umsetzung der geplanten „Doppellösung“ mit dem Ziel einer integrativen Volksschule, die auf Förderung und innere Differenzierung setzt, und weniger Schnittstellen aufweist*. – Was ich heute, mit dem jetzigen Wissen anders machen würde? Ich würde radikaler für eine kompromisslosere Schulreform einstehen.

B: *Inspektionsmitglieder stehen selten im*

Rampenlicht. Gibt es in Deiner langjährigen Tätigkeit Ausnahmen von dieser Regel, high lights, Spektakuläres?

M.S.: Zwar war es nicht Rampenlicht, sondern Spotlampen im Kellergewölbe am Kohlenberg, oder der Aula eines Schulhauses – Spektakulär war in jedem Fall, was da geschah: Es war in den Fasnachtsferien 1997, als einer Zeitungsmeldung zu entnehmen war, dass das Rektorat der Kleinklassen (KKL) aufgehoben und die Schülerinnen und Schüler in die Regelklassen integriert werden sollen. Der Aufstand gegen diese Absicht war gewaltig, und ging durch sämtliche Parteien und Gremien. Eine kleine, zunehmend verunsicherte Projektgruppe (tonangebend war die einstige Schulleiterin der KKL), sah sich einem gewaltigen und starken Widerstand von den Kindergärtnerinnen bis zu den RegelschulleiterInnen gegenüber. In Vollversammlungen, unzähligen Gruppendiskussionen und Sondersitzungen, Veranstaltungen und Informationskampagnen wurde diese Idee schliesslich buchstäblich gebodigt. Noch dürrer als die Mitteilung der Regierung aus: Das Projekt „Integration Kleinklassen“ wird abgebrochen.

Eine intensive Zeit, die ungeheuer viel Energie zutage brachte. Mich beeindruckte damals dieser unglaubliche Kampfgeist, der bei allen aus der Überzeugung wuchs, dass Integration nicht „top down“ verordnet, und auf keinen Fall kostenneutral (oder gar als Sparmassnahme) umgesetzt werden kann. Integration braucht eine sorgfältige, langfristige Aufbauarbeit und optimale Rahmenbedingungen, sonst gerät sie zur Katastrophe.

B: *Sozialwissenschaftlerinnen weisen mit grosser Regelmässigkeit nach: Freiwilligenarbeit im Dienst der Öffentlichkeit wird in der Regel von Frauen geleistet. Zwar sieht das Schulgesetz eine Entschädigung für Inspektionsmitglieder vor, aber reich wird niemand in diesem Amt. Ist die Inspektion eine Frauendomäne?*

M.S.: Im Moment stehen in der Kleinklasseninspektion 9 Frauen 6 Männern gegenüber. Das ist eine günstige Bilanz. In manchen Jahren sah es düsterer aus. Männer können die Funktion nur ausüben, wenn sie entweder eine Anstellung in einem Betrieb haben, der sie für solche Aufgaben freistellt, oder wenn sie Schichtarbeit, und folglich

unregelmässige Arbeitszeiten haben. Die Einführung des schulfreien Samstags wurde diesbezüglich zu einer weiteren Hürde. Für Frauen, die neben der Erziehung der eigenen Kinder eine öffentliche Aufgabe übernehmen möchten, bietet sich die Inspektion als gute Möglichkeit an. Allerdings darf der zeitliche Aufwand nicht unterschätzt werden. Wer die Aufgabe

Interessiert?

BastA! sucht für die Nachfolge von Margrit Schneider in der Schulinspektion Kleinklassen eine geeignete Person. Auch in der Inspektion Kindergärten wird nächsten ein Posten frei. Wie dem nebenstehenden Artikel entnommen werden kann, ist ein pädagogischer Hintergrund nicht Voraussetzung, ja nicht einmal unbedingt erwünscht. Bevorzugt werden Väter und Mütter von Kindern an einer öffentlichen Basler Schule, doch auch dieses Kriterium gilt nicht absolut. Interessierte Personen können sich auf dem BastA!-Sekretariat melden: Tel. 061 691 16 31, oder per Mail: sekretariat@basta-bs.ch

ernst nimmt, kann sie leicht zu einer 30-50%-Stelle ausbauen! Nur geht das mit 45.- Sitzungsgeld und einer jährlichen Pauschale von 500.- (die erst noch zu versteuern sind!) finanziell nie und nimmer auf! Es lässt sich eigentlich von einer strukturellen Selektion sprechen. Ein bestimmtes Bevölkerungssegment bleibt zum vornherein von diesem Gremium ausgeschlossen.

B: *Abschiedsreden bemühen in der Regel das Bild vom lachenden und vom weinenden Auge – du auch?*

M.S.: Bildungspolitisch steht momentan sehr viel an. Der rührige Stab im ED lässt Schulleitungen, Lehrpersonen und bildungspolitisch engagierte Gremien nicht zur Ruhe kommen: Die Aufhebung der Rektorate zugunsten eines Volksschulamtes, die teilautonom geleiteten Schulen, das Gesamtsprachenkonzept, die Schuleingangsstufe oder die vorher erwähnte „Doppellösung“ – um nur einige zu nennen. Wenn ich mir vor Augen halte, was da alles im Tun oder geplant ist, so fühle ich mich äusserst gespalten. Nicht das lachende und das weinende Auge fällt mir dazu ein, sondern auf der einen Seite Erleichterung, dass ich all diese Entwicklungen mit etwas mehr Distanz verfolgen kann, und Erschrecken auf der anderen Seite, dass ich mich durch meinen Rücktritt diesen Diskussionen auf der Ebene der Inspektion entzogen habe.

B: *Margrit, ich danke dir nicht nur für dieses Gespräch, sondern v.a. für die grosse Arbeit, die mit Deiner Tätigkeit verbunden war.*

Das Gespräch mit Margrit Schneider führte Martin Brunner

* Wer sich ein vertiefteres Bild über die vielen anstehenden Projekte machen will, wird unter www.edubs.ch reichhaltige Informationen finden.

Ein Gesetz, das Integration fordert statt fördert!

Basler Integrationsgesetz

Nach Jahrzehnten, in denen sich die Schweiz in keiner Weise um eine aktive Migrationspolitik bemühte, ist es nun endlich soweit: Der Bund und die Kantone Basel-Stadt und Basel-Land haben sich für eine gesetzliche Verankerung der Integration entschieden. Diese wird als logische Konsequenz des Leitbildprozesses gesehen, welcher in verschiedenen Kantonen ähnlich durchgearbeitet wurde. Basel nimmt dabei eine Vorbildfunktion ein. Ein Gesetz soll die Grundlage für den Umsetzungsprozess bilden, klare Richtlinien sollen helfen, Projekte zu lancieren und bestehendes besser zu verankern. Das ist zu begrüßen! Doch der Teufel hockt bekanntlich im Detail.



Leider wurde bei der Ausarbeitung des kantonalen Integrationsgesetzes die im neuen Ausländergesetz (AuG) des Bundes verankerte und nicht genügend durchdachte Verordnung

über die Integration der Ausländerinnen und Ausländer (VintA), übernommen. Die auf Repression statt Motivation basierende Regelung steht dem Erfolg von Integrationsbemühungen diametral entgegen. Wir finden sie im Integrationsgesetz in §5¹, der die Erteilung von Aufenthaltsbewilligungen an Integrationsleistungen knüpft. Es gibt nicht – wie beispielsweise beim Schulobligatorium – Bussen für den Nichtbesuch des Unterrichts, nein, bei nicht oder schlecht absolviertem Sprach- oder Integrationskurs werden die Betroffenen des Landes verwiesen. Diese Massnahme ist unverhältnismässig. Zudem soll das Obligatorium nicht nur für Neuankömmlinge gelten, sondern auch für Menschen, die schon Jahrzehnte hier leben. „Nacherfassung“ heisst das hier.

Das Gesetz trifft lediglich Drittstaatsangehörige. Die heutigen und künftigen EU-Staatsmitglieder sind nicht gemeint. Auch die ausländischen Ehegatten von Schweizer Bürgerinnen und Bürgern, Personen mit einer Niederlassungsbewilligung sowie die hochqualifizierten Arbeitskräfte aus den USA, Kanada, Indien etc. sind ausgenommen. Das bedeutet, die einen werden auch noch nach Jahrzehnten zum „erfolgreichen“ Besuch von Integrationskursen verpflichtet, die anderen dürfen das Angebot wahrnehmen oder auch nicht. Ein unschönes Zweiklassensystem, das bei der heutigen Zusammensetzung der Migrationsbevölkerung vor allem unqualifizierte, sozial Unterprivilegierte trifft. Das schürt Vorurteile und wirkt stigmatisierend.

Die meisten MigrantInnen sind willkommene Arbeitskräfte, die zum wirt-

schaftlichen Reichtum der Region viel beitragen. Von der Arbeitsleistung der Migrationsbevölkerung profitieren vor allem das Gast- und Baugewerbe, das Gesundheitswesen, die Reinigungsdienste. Das neue Gesetz verpflichtet die Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen weder, sich an den Kosten zu beteiligen, noch durch flexible Arbeitszeiten den Besuch der Kurse zu ermöglichen. Einzig die Migrantinnen selbst müssen sich an den Kurskosten beteiligen.

Es ist immer wieder die Rede von den hilfsbedürftigen Frauen, denen das Gesetz nützlich sein werde. Dies zu glauben ist naiv. Aus Gender-Sicht ergibt sich, dass ein Sprachlernzwang besonders jene Migrantinnen trifft, die wohl über die schlechtesten Voraussetzungen verfügen: Niedriger Bildungsstand (Migrantinnen haben auch eine höhere Analphabetenrate als Migranten), Mehrfachbelastung durch Erwerbs- und Familienarbeit sowie Herkunftssprachen mit wenig Gemeinsamkeiten zum Deutsch. Der Sprachkurszwang wird das Familienbudget zusätzlich strapazieren, die Mehrfachbelastung von Migrantinnen noch erhöhen, schnelle Fortschritte erschweren. In Familien, in denen ein belastendes Machtgefälle zwischen Männern und Frauen besteht, wird ein Kurszwang keinen Gatten davon abhalten, seine Frau zu kontrollieren und zu isolieren. Dies zeigen die Erfahrungen des Gleichstellungsbüros deutlich.

Verbindliche Einbindung der Arbeitgebenden in die Unterstützung von Sprach- und Integrationskursen wäre sinnvoll. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Familienpflichten – insbesondere erwerbstätige Mütter – bräuchten speziell angepasste Lösungen. Sie sind darauf angewiesen, dass Kurse während der Arbeitszeit oder an Randzeiten stattfinden, damit ihr Zeitbudget nicht noch zusätzlich belastet wird.² Mit Anreizen wie beispielsweise der Erteilung einer frühzeitigen Niederlas-

sungsbewilligung für Ehepaare (mit Kindern), wenn die Integrationskriterien durch beide Ehepartner erfüllt werden, könnten Frauen zusätzlich unterstützt werden.

Bei der Frage nach der praktischen Umsetzung der §5-Regelung bleibt zudem fast alles offen: Aufgrund welcher Kriterien wird die Bestimmung angewendet? Wie soll ein solcher Sprach- bzw. Integrationszwang durchgesetzt werden? Was geschieht, wenn ein Familienmitglied kooperativ ist und das andere nicht? Wie wird die Integration der Kinder berücksichtigt? Wie wird sicher gestellt, dass arme Familien nicht zusätzlich belastet werden? Wie sollen Fortschritte kontrolliert werden? Einzelheiten zum Kursbesuch sollen noch in einer Integrationsvereinbarung fest-

Das Gesetz trifft lediglich Drittstaatsangehörige. Das schürt Vorurteile und wirkt stigmatisierend.

gehalten werden. Offen ist die Frage, wer diese letztlich formuliert (das SID?). Offen ist auch die Frage, ob Ziel-Standards wie die europäischen Sprachenportfolios wirklich sinnvoll sind. Offen auch, wie zusätzliche Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten verhindert werden.

Zusammenfassend: Das vorliegende Gesetz geht mit §5 davon aus, dass Menschen sich nicht integrieren wollen. Und obwohl alle pädagogischen Modelle, aber auch Erfahrungen bei den Arbeitslosenkursen davon abraten, werden Zwangs- anstatt Anreizsysteme geschaffen. Das Gesetz ist bereits durch einen Vernehmlassungsprozess hindurchgegangen und wird nach den Beratungen in den Sachkommissionen BL/ BS wohl im Frühsommer in den Grossen Rat gelangen. Das Gesetz wird trotz recht unterschiedlicher politischer Machtverhältnisse partnerschaftlich behandelt.

Wichtig wären niederschwellige Angebote, die zusammen mit der Anerkennung von Ausbildungen die Aussicht auf eine berufliche Besserstellung ermöglichen, oder beispielsweise die frühzeitige Erteilung der

Fortsetzung nächste Seite

Obwohl die restriktive Asylpolitik der Schweiz immer höhere Hürden errichtet, gibt es sie noch: politisch Verfolgte, die in unserem Land Schutz suchen. Die Linksparteien wehren sich gegen die Verschärfung des Asylgesetzes mit dem Referendum; das SAH begleitet die Asylsuchenden bei ihrer Anhörung im Aufnahmeverfahren und achtet darauf, dass ihre Fluchtgründe ernst genommen und ihre Würde im Verfahren respektiert werden.

Der 17-jährige Sergej aus Weissrussland ist im Oktober 2005 zusammen mit seinem Vater Zeuge eines Auftragsmordes an einem lokalen Politiker der oppositionellen Partei geworden. Darauf werden sein Vater und er telefonisch belästigt. Wenige Wochen später wird sein Wohnhaus in Brand gesteckt. Sein Vater kommt im Feuer um. Sergej fürchtet um sein Leben und flieht zu einem Freund. Sergejs Mutter ist vor 5 Jahren gestorben, er hat keine Verwandte, zu denen er ziehen könnte, deshalb entschliesst er sich zur Ausreise. Er gelangt in die Schweiz, wo er beim Aufnahmezentrum Basel seine Geschichte erzählt und ein Asylgesuch stellt. Er hat nur seinen Schülerschein dabei. Der Beamte schenkt Sergej keinen Glauben. Er wird entgegen den Vorschriften als Minderjähriger ohne Vertrauensperson zu seinen Fluchtgründen befragt. Dank dem Einsatz des Hilfswerksvertreters des SAH meldet sich Sergej sofort nach der Anhörung auf der Rechtsberatungsstelle der Hilfswerke. Diese übernimmt seinen Fall und rekurriert gegen den Nichteintretensentscheid des Bundesamtes für Migration. Sergej wird nochmals befragt, diesmal korrekt in Anwesenheit einer Person seines Vertrauens, und kann vorläufig hier bleiben. Ohne rechtliche Hilfe wäre Sergej innert weniger Tage mit einer Ausweisungsverfügung auf

die Strasse gestellt worden. Er wohnt jetzt im Wohnheim für minderjährige Asylsuchende und kann dort die Schule besuchen.

Das SAH Region Basel ist als Regionalverein aus der Umstrukturierung des Schweizerischen Arbeiterhilfswerks neu entstanden. Es ist aber schon lange und bleibt das Hilfswerk der Gewerkschaften, der SP, der Grünen Basel und von BastA! Im Zentrum stehen Projekte für erwerbslose Jugendliche und Erwachsene sowie die Organisation der Begleitung von Asylsuchenden im Anhörungsverfahren. Zwecks Verbreiterung der regionalen Basis kann man neu auch Mitglied im Verein SAH Region Basel werden. Mit einem Beitritt zum Trägerverein wird die Zusammenarbeit der Linken bei der sozialpolitischen Basisarbeit gestärkt. Das SAH Region Basel soll so wieder zu einer gewichtigen Kraft in der Region werden. Das SAH Region Basel wird aktuelle sozialpolitische Fragen aufgreifen, die in den Kantonen keine Mehr-

heiten finden, aber uns Linken ein wichtiges Anliegen sind, und Projekte entwickeln, die solche Anliegen konkret umsetzen. Für die Finanzierung solcher staatsunabhängiger Projekte brauchen wir Spenden und Mitglieder, die mitdenken und die Anliegen des SAH nach aussen tragen.

Wir laden deshalb alle BastA!-Mitglieder und -SympathisantInnen ein, dem SAH Region Basel beizutreten und so unsere Arbeit im Interesse der Benachteiligten zu unterstützen.

Das Schweizerische Arbeiterhilfswerk ist wie bis anhin in der internationalen Solidarität tätig. Für dessen Mitglieder, die sich auch lokal engagieren wollen, besteht zusätzlich die Möglichkeit einer Mitgliedschaft beim SAH Region Basel.

Brigitta Gerber, *Vorstandsmitglied SAH Region Basel/ Grossrätin BastA!* und Peter Keimer *Geschäftsführer ad interim*



Schweizerisches Arbeiterhilfswerk SAH
SAH REGION BASEL
Œuvre suisse d'entraide ouvrière OSEO
Soccorso operaio svizzero SOS

Integrationsgesetz (Fortsetzung)

Niederlassungsbewilligung nach fünf Jahren (im geltenden Recht in der Regel bei zehn Jahren) - von einer politischen Partizipation zur wirklich erfolgreichen gesellschaftlichen Integration gar nicht zu sprechen.

Auf nationaler Ebene haben die Grünen Schweiz gerade das Referendum gegen die Verankerung des „dualen“ Systems im neuen Ausländergesetz (AuG) ergriffen.

Das vorliegende Integrationsgesetz würde auf dem Hintergrund des AuG die Dualität, die Rechtsungleichheit zwischen MigrantInnen noch einmal massiv verstärken.

Dagegen stehen: Antidiskriminierungsgebote, Aufenthaltssicherheit. Gleiche Rechte und berufliche Mobilität sind und bleiben die wichtigsten Voraussetzungen für eine gute gesellschaftliche und berufliche Integration.

Brigitta Gerber

¹ §5 Die Erteilung und die Verlängerung einer Aufenthaltsbewilligung kann zur Erreichung der

Integrationsziele mit der Bedingung verbunden werden, dass ein Sprach- oder Integrationskurs erfolgreich absolviert wird. Dies gilt auch für Bewilligungsverfahren im Rahmen des Familiennachzugs. Die Einzelheiten zum Kursbesuch werden in einer Integrationsvereinbarung festgehalten.

² Hochqualifizierten meist mit Jobs in Grossfirmen – mit Englisch als Firmensprachen! – werden einerseits intern gute, zeitlich angepasste Sprachkurse angeboten, in der Praxis kann man sich andererseits kaum vorstellen, dass der gesuchte Gentechniker aus den USA bei deren nicht-Besuch ausreisen muss.

2 x Nein zu Ausgrenzung und Fremdenfeindlichkeit!

Referenden

Seit über zehn Jahren schon hetzt die SVP mit einer respekt- und niveaulosen Kampagne gegen alle MigrantInnen und andersdenkenden Menschen. Von Seiten der traditionellen bürgerlichen Parteien FDP und CVP gab es bisher leider kaum Widerstand gegen diese Politik. Indem diese Parteien dem total revidierten Ausländer- und dem neuen Asylgesetz in der Dezembersession 05 zum Durchbruch verhalfen, verabschiedeten sie sich von liberalen und christlichen Grundwerten. Die Chance wurde verpasst, den Umgang mit Migration in einem realistischen und zukunftsweisenden Zuwanderungsgesetz zu regeln. Statt dessen entstand ein fremdenfeindliches und integrationshemmendes Gesetz, das kein einziges Problem lösen hilft.

BastA! bekämpft zusammen mit einem breiten Bündnis aus Parteien, NGO's, Kirchen und Gewerkschaften diese unwürdigen Gesetze mit aller Kraft. Wenn auch Sie zu mindestens einer der folgenden Fragen entschieden nein sagen können, dann stimmen auch sie im September gegen die neuen Gesetze!

- Sollen in Zukunft noch mehr Frauen, Männer und Kinder zu Sans-Papiers ge-



macht werden und unter unwürdigsten Bedingungen mitten unter uns leben und arbeiten müssen?

- Soll Ihre Nachbarin aus der Türkei weniger Rechte haben als ein Migrant

aus der EU? Soll es in Zukunft MigrantInnen 1., 2. und 3. Klasse geben?

- Soll „ein bisschen Folter“ in Zukunft in der Schweiz erlaubt sein? Soll durch eine Haft von bis zu zwei Jahren der Wille eines Menschen, der niemandem etwas zu Leide getan hat, gebrochen werden dürfen, nur damit er „freiwillig“ ausreist?

- Sollen in Zukunft Familien mit Kindern, schwangere Frauen oder kranke Menschen auf die Strasse gestellt werden können, wenn sie einen Nichteintretentscheid (NEE) erhalten haben?

- Soll die Schweiz Menschen, die bei einer Rückkehr ins Herkunftsland Verfolgung oder unmenschlicher Behandlung ausgesetzt wären, in Zukunft keinen

Schutz mehr gewähren?

- Soll die Polizei in Zukunft im Eheleben von 1/3 aller SchweizerInnen (binationale Ehen) herumschnüffeln dürfen mit dem Argument, jede binationale Ehe könnte eine Scheinehe sein ?

Die beiden Referenden gegen das Asyl- und das Ausländergesetz sind zustande gekommen. Die Abstimmung wird vermutlich im September dieses Jahres folgen. Detailinformationen finden Sie im Internet unter: www.auslaendergesetz-nein.ch

Pierre-Alain Niklaus

Ich interessiere mich für BastA! Schickt mir mehr Unterlagen.

Ich möchte regelmässig von BastA! hören. Ich spende mindestens Fr. 50.- und bekomme den detaillierten BastA!-Versand.

Ich will Mitglied von BastA! werden und bezahle einen monatlichen Beitrag von Fr. _____.-
(Richtgrösse ist 1% des Nettoeinkommens, der Minimalbeitrag für Leute mit geringem Einkommen beträgt Fr. 10.- pro Monat).

Ich bestelle die Broschüre „Mobilität mit Qualität“ (38 Seiten, Unkostenbeitrag Fr. 5.-)

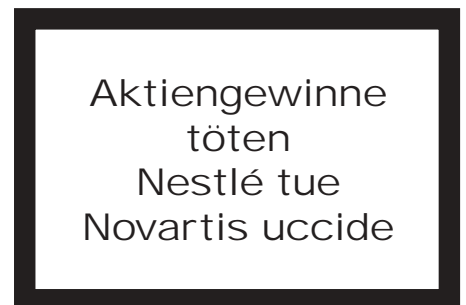
Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

Adresse: _____

Telephon/Fax: _____



Veranstaltungen

Mittwoch, 29. März 2006

Nestlé auf den Philippinen: Missachtung der Rechte der Arbeitenden und Terror gegen Streikende.

VertreterInnen der philippinischen Gewerkschaft berichten aus erster Hand.

Die Veranstaltung wird organisiert von BastA!, Neue PdA und SoAL/Solidarität

● 19.30 Uhr, Gewerkschaftshaus, Rotes Zimmer (3. Stock)

Dienstag, 04. April 2006

Internationale Solidarität und antikapitalistische Utopie am Beispiel Lateinamerikas. Ein offenes und kritisches Gespräch mit Ruth Waldvogel und Dieter Drüssel.

● 19.30 Uhr, Quartiertreff DavidsEck (Davidsbodenstr. 25)

Dienstag, 02. Mai 2006

Iran – das nächste Kriegsziel der Bush-Administration? (Arbeitstitel)
Veranstaltung mit Andreas Zumach.
Nähere Angaben folgen

Bitte einsenden an:
BastA!, Basels starke Alternative
Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel
oder Fax 691 16 31

Impressum: Nr. 1/März 2005. Herausgeber: Förderverein BastA!, Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel, Tel./Fax 061 / 691 16 31, E-Mail: sekretariat@basta-bs.ch, PC 40-31244-5, Website: www.basta-bs.ch. erscheint mind. 4x jährlich, für alle Mitglieder gratis, Redaktion: Karin Haerberli, Irene Amstutz, Martin Flückiger, Druck: Rumzeis Basel